

Neuwahlen unter dem *Brexit*- Damoklesschwert

Regionalwahlen in Nordirland

Nach lediglich einem knappen Jahr im Amt ist die nordirische Regierungskoalition an einem Subventionsskandal zerbrochen.

Die Neuwahlen lassen zwar keinen Regierungswechsel erwarten, könnten jedoch den fragilen Frieden der weiterhin von Konfessions- und Identitätskonflikten geprägten Insel massiv gefährden. Die rivalisierenden Regierungsparteien spielten im Wahlkampf die *Brexit*-Karte: Durch diesen drohen Nordirland massive negative Auswirkungen.

Regierungskrise und Neuwahlen

Ausgelöst wurden die Neuwahlen durch eine Regierungskrise, im Zuge derer der stellvertretende Regierungschef Nordirlands, *Deputy First Minister* Martin McGuinness von der katholisch-republikanischen Partei Sinn Féin, zurückgetreten ist. Zwar war nicht McGuinness über den £ 490 Mio. teuren Subventionsskandal im Rahmen eines Programms zur Förderung erneuerbarer Energien („*Renewable Heat Incentive*“) gestolpert, sondern seine gleichberechtigte Amtskollegin *First Minister* Arlene Foster von der protestantisch-unionistischen Democratic Unionist Party (DUP). Jedoch sieht das Karfreitagsabkommen, das den nordirischen Friedensprozess nach jahrzehntelangen blutigen Auseinandersetzungen („*troubles*“) einleitete und das politische System Nordirlands definiert, eine gemeinsame Wahl der konfessions- und identitätsübergreifenden Regierungsdoppelspitze vor. Durch die Weigerung der Sinn Féin, das vakante Amt neu zu besetzen, konnte die Partei Foster zum einen zum Rücktritt zwingen, eine Forderung, welche die Regierungschefin zuvor

abgelehnt hatte, zum anderen wurden Neuwahlen ausgelöst.

Nach den Neuwahlen am 02. März 2017 müssen die Parteien binnen drei Wochen ein Parlament und eine Regierung bilden. Sollte dies nicht gelingen, könnte Nordirland im Extremfall vorübergehend seine Legislativbefugnisse verlieren und wieder der direkten Regierung aus London unterliegen. Eine rasche Neubildung der nordirischen Regierung erscheint gefährdet, da Sinn Féin im Wahlkampf eine Regierungskoalition mit Arlene Foster ausgeschlossen hat, solange die juristischen Untersuchungen zum Subventionsskandal nicht abgeschlossen sind. Eine Unterstellung Nordirlands unter die britische Zentralregierung könnte im schlimmsten Falle den gewaltbereiten Unmut der Republikaner auslösen und somit das nicht immer friedliche Zusammenleben in Nordirland gefährden.

Parteien und Positionen

Die Parteien Nordirlands unterscheiden sich anhand ihrer grundsätzlichen Zuordnung zum pro-britischen, meist protestantischen „Unionist“-Lager auf der einen oder zum katholischen, für eine Vereinigung mit der irischen Republik kämpfenden „Nationalist“-Lager auf der anderen Seite. Die DUP der jüngst zum Rücktritt gezwungenen Arlene Foster ist auch nach den Neuwahlen die stärkste „Unionist“-Partei in der nordirischen Volksversammlung. Demgegenüber ist Sinn Féin die stärkste republikanische Partei und auch in der Republik Irland aktiv. Sinn Féin hält außerdem gegenwärtig vier Sitze im britischen Unterhaus, welche die Partei jedoch aus Protest nicht wahrnimmt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROßBRITANNIEN UND IRLAND

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

März 2017

www.kas.de/london

Neben diesen beiden Lagern existieren mit der liberalen Alliance Party und der Green Party auch konfessionslose und gruppenübergreifende Parteien. Nichtsdestotrotz ist die Zuordnung zu Lagern im politischen System Nordirlands omnipräsent und vom Karfreitagsabkommen vorgeschrieben. So werden der nordirische *First Minister* und dessen Stellvertreter gemäß einer Konsensregelung gewählt, die eine Unterstützung beider ehemaliger Konfliktparteien vorsieht. Obwohl die beiden Ämter eine unterschiedliche Bezeichnung haben, agieren beide Amtsträger gleichberechtigt.

Der Wahlkampf drehte sich vor allem um den Subventionsskandal, die Positionierung im *Brexit*-Prozess – Sinn Féin war für *Remain*, die DUP für den *Brexit* –, die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen und die Anerkennung des irischen Gälisch als offizielle Amtssprache. Die DUP warnte vor einem von der Sinn Féin ausgelösten Referendum über die Vereinigung mit der Republik Irland („border poll“). Aus diesem Grund warb die DUP für eine geschlossene Stimmenabgabe des „Unionist“-Lagers für die eigene Partei, um einen von Sinn Féin gestellten *First Minister* zu verhindern. Die republikanische Partei brüstete sich im Wahlkampf hingegen mit einer diplomatischen Offensive gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten, im Rahmen derer sie für einen Sonderstatus Nordirlands in der EU nach dem *Brexit* warb.

Wahlergebnisse

Aufgrund des stets von Gruppenzugehörigkeit und Konfession geprägten Wahlverhaltens der nordirischen Bevölkerung war der Ausgang der Wahlen absehbar: Zwar bleiben die DUP mit 28,06 Prozent und Sinn Féin mit 27,91 Prozent der Stimmen auch nach den Wahlen insgesamt die stärksten Parteien in Nordirland, jedoch fehlt der DUP nach den Neuwahlen mit den erzielten 28 Sitzen erstmals die erforderliche Mehrheit von 30 Sitzen, um ein Veto gegen Gesetzesvorhaben („petition of concern“) einzulegen. Als Wahlsiegerin gilt Sinn Féin, die den Abstand zur DUP auf nur einen Sitz reduzieren konnte. Die SDLP gewann 12 Sitze, die UUP 10 und die Alliance-Partei 8 Sitze. Die

diesjährige Wahlbeteiligung fiel mit 65 Prozent ungewöhnlich hoch aus.¹

Brexit: Auswirkungen auf Nordirland

Wie in den anderen Landesteilen des Vereinigten Königreichs ist der bevorstehende *Brexit* in Politik und Gesellschaft präsent, jedoch verstärkt er die in Nordirland ohnehin existierende Konfliktlinie zwischen Republikanern und „Unionisten“. Eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent hatte in Nordirland für den Verbleib in der EU gestimmt.² Die meisten *Remain*-Wähler fanden sich im Westen Nordirlands, während die meisten Stimmen für den *Brexit* im Osten abgegeben wurden. Die Umfrageergebnisse reflektieren die traditionellen Parteipräferenzen der nordirischen Wähler: der Osten wählt traditionell mehrheitlich pro-britisch, d.h. unionistisch, während der Westen republikanisch wählt.³ Diese Spaltung erklärt sich insbesondere durch die drohenden Auswirkungen des *Brexit* auf ein friedliches Zusammenleben sowie die wirtschaftlichen Beziehungen mit der benachbarten Republik.

Der Brexit und die nordirische Wirtschaft

Das in Nordirland pro Kopf erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt fällt mit US\$ 26,921 wesentlich geringer aus als im restlichen Vereinigten Königreich (US\$ 40,879).⁴ Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtleistung ist Nordirland auf Transferleistungen aus London und Brüssel angewiesen. Letztere kommen vor allem dem großen landwirtschaftlichen Sektor in Nordirland zu Gute:

¹ Vgl. The Irish Times vom 03.03.2017: NI Assembly election: DUP finish just one seat ahead of Sinn Féin, <http://www.irishtimes.com/news/politics/ni-assembly-election-dup-finish-just-one-seat-ahead-of-sinn-f%C3%A9in-1.2996479> (06.03.2017).

² Vgl. BBC News (2016): EU referendum: results in maps and charts, <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-36616028> (06.03.2017).

³ Vgl. Russell, Raymond (2016): Election Report: Northern Ireland Assembly Election, 5 May 2016, Northern Ireland Assembly, Research and Information Service Research paper.

⁴ Vgl. Kainer, Friedemann (2016): Das unterschätzte Problem: Auswirkungen des Brexit auf Nordirland, in: Malte Kramme/ Christian Baldus/ Martin Schmidt-Kessel (Hrsg.): Brexit und die juristischen Folgen. Privat- und Wirtschaftsrecht der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, S. 339 – 354, hier S. 340f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

März 2017

www.kas.de/london

Als Netto-Empfänger von EU-Fördermitteln müsste Nordirland auf die im Zuge des mehrjährigen europäischen Finanzrahmens geleisteten ca. € 2,3 Mrd. EU-Agrarsubventionen sowie € 228 Mio. Strukturfonds zur Förderung ländlicher Gebiete verzichten.⁵ Es gilt als unsicher, dass London die nach dem *Brexit* wegfallenden EU-Subventionen ausgleichen wird.

Die Common Travel Area mit Irland: Soft or hard border?

Das gemeinsame Reisegebiet (*Common Travel Area*, CTA) zwischen dem Vereinigten Königreich und der Republik Irland besteht bereits seit der irischen Staatsgründung im Jahr 1921. Selbst in den Hochzeiten der *troubles* fanden an der irischen Landgrenze nur sporadische Personenkontrollen statt, da sich die Londoner Regierung um das Konfliktpotential solcher Kontrollen bewusst war. Nichtsdestotrotz erfolgten Zollkontrollen bis zur Etablierung des EU-Binnenmarktes im Jahr 1993. Der seit dem Karfreitagsabkommen intensivierte Abbau von Grenzkontrollen zwischen der Republik und Nordirland hat zu einem regen grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Austausch geführt: 36 Prozent der nordirischen Exporte erfolgen in die Republik, während lediglich 20 Prozent an andere EU-Staaten gehen. Schätzungsweise 35.000 Grenzgänger passieren tagtäglich die Grenze und 500.000 Menschen leben und arbeiten im jeweils anderen Teil der Insel.⁶ Die Trennung der beiden Inselteile wurde folglich durch die *Common Travel Area*, deren Aufrechterhaltung seit dem *Brexit*-Referendum in Gefahr ist, nahezu unsichtbar, ein friedliches Zusammenleben der Iren mit ihren nordirischen Nachbarn, beispielsweise in grenzüberschreitenden Siedlungsgebieten wie der zweitgrößten nordirischen Stadt Londonderry, praktisch ermöglicht. Obwohl

die britische und die irische Regierung ihren Willen, die CTA auch nach dem *Brexit* aufrechtzuerhalten, gebetsmühlenartig wiederholen, stehen diesem Wunsch *de iure* einige Stolperfallen entgegen: die Nennung der CTA im Protokoll 20 der Europäischen Verträge impliziert, dass alle EU-Mitgliedsstaaten der Aufrechterhaltung der CTA zustimmen müssen. Im Rahmen der *Brexit*-Verhandlungen müssten die britische und die nordirische Regierung die anderen Mitgliedsstaaten von der (offensichtlichen) Notwendigkeit einer *soft border* auf der irischen Insel überzeugen. Die gegenwärtige Nicht-Mitgliedschaft Irlands im Schengenraum erleichtert das Fortbestehen der CTA jedoch.⁷

Die Möglichkeit eines Referendums über eine Vereinigung mit der Republik Irland, mit der die DUP im jüngsten Wahlkampf auf Stimmenfang ging, ist zwar im Rahmen des Karfreitagsabkommens gegeben, jedoch müssen gemäß dem geforderten Konsens zwischen allen (ehemaligen) Konfliktparteien ebendiese einem Referendum zustimmen.⁸ Eine Zustimmung seitens der unionistischen Parteien ist unwahrscheinlich und die Drohung mithin als bloße Wahlkampf-taktik zu werten.

Das Karfreitagsabkommen sieht allerdings die Möglichkeit für jeden Nordiren vor, seine Staatsbürgerschaft frei zu wählen. Jedem nordirischen Bürger steht somit die Möglichkeit zu, einen irischen Pass und folglich die Unionsbürgerschaft zu beantragen. Für dieses Spezifikum muss im Rahmen der *Brexit*-Verhandlungen eine Lösung gefunden werden. Dass seit dem *Brexit* ein deutliches Interesse seitens der nordirischen Bevölkerung an einem irischen und somit EU-Pass besteht, zeigt ein Anstieg der Passanträge im Jahr 2016.⁹

⁵ Vgl. Vertretung der Europäischen Kommission im Vereinigten Königreich (2016): EU Funding in Northern Ireland (July 2016), https://ec.europa.eu/unitedkingdom/news/eu-funding-northern-ireland-0_en (06.03.2017).

⁶ Vgl. Kainer 2016: 340f. sowie House of Lords (2016): *Brexit: UK-Irish Relations*, 6th report of Session 2016-17, European Union Committee, <http://www.parliament.uk/brexit-uk-irish-relations> (06.03.2017).

⁷ Vgl. House of Lords 2016: 27-30.

⁸ Vgl. Good Friday Agreement, Annex Agreement between the Government of the UK of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Ireland, Article 1.

⁹ Vgl. The Irish Times vom 27.12.2016: Demands for Irish passports reaches record high in 2016, <http://www.irishtimes.com/news/social-affairs/demand-for-irish-passports-reaches-record-high-in-2016-1.2918537> (06.03.2017).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**GROßBRITANNIEN
UND IRLAND**

HANS-HARTWIG BLOMEIER
JANA SCHUBERT

März 2017

www.kas.de/london



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Auslandsbüro Grossbritannien
und Irland

63 Eccleston Square
London SW1V 1PH
Grossbritannien

Telefon
+44-20 78344119

Mail
hans.blomeier@kas.de

Die EU als neutrale Friedensmaklerin

Das friedliche Zusammenwachsen Nordirlands mit der benachbarten Republik, aber auch der rivalisierenden Identitätsgruppen nach dem Ende der *troubles* wurde massiv von der „EU in ihrer Rolle als ehrlicher Makler der Friedensbewegung“¹⁰ gefördert. Naturgemäß wird London die „als unabhängig empfundene Maklerrolle“¹¹ zwischen den in Nordirland präsenten Konfliktparteien nicht einnehmen können und somit nicht nur finanziell eine schmerzliche Lücke hinterlassen. Seit 1995 hat die EU den Friedensprozess mit dem nordirlandspezifischen PEACE-Programm und 1,3 Mrd. EUR unterstützt, mit weiteren 230 Mio. EUR finanziert das Brüsseler PEACE-IV-Programm die regionale Entwicklung in Nordirland im Zeitraum von 2014-2020. Diese Zahlungen entfielen nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU und würden nach momentanem Kenntnisstand nicht durch Zahlungen aus London ersetzt.

Ausblick

Erwartungsgemäß haben die Neuwahlen in Nordirland keinen Regierungswechsel hervorgerufen: So müssen die DUP und Sinn Féin erneut eine Koalitionsregierung bilden. In den kommenden drei Wochen, binnen derer die Regierungsbildung abgeschlossen sein muss, stehen Nordirland zähe Verhandlungen bevor, da Sinn Féin eine Beteiligung Arlene Fosters an der Exekutive ablehnt, solange die andauernde Untersuchung Fosters Beteiligung an dem Subventionsskandal nicht abschließend klären konnte. Sollte nach dem Ablauf der Verhandlungsfrist keine Einigung zwischen den beiden Parteien erzielt werden können, drohten Neuwahlen oder die direkte Regierung durch London. Deutlich negativ wöge in diesem Falle, dass die Interessen Nordirlands ohne eigene Regierung bei der Erarbeitung der britischen *Brexit*-Verhandlungsseite nicht vertreten würden. Die massiven negativen Auswirkungen, die das Austreten des Vereinigten Königreichs jedoch für Nordirland haben

könnte, macht eine Interessensvertretung und somit eine baldige Wiedereinsetzung der nordirischen Regierung umso wichtiger.

¹⁰ Kainer 2016: 345.

¹¹ Ebd.